DIE KARTOGRAFIE GANGBARER ZUKUNFTSPFADE

MODELLE WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG

Cornelis Menke im Gespräch mit Ottmar Edenhofer

Foto: JUdith Affolter

Cornelis Menke: Was sind aus Ihrer Sicht die Aufgaben und Ziele wissenschaftlicher Politikberatung?

Ottmar Edenhofer: Die sicherlich aufwendigste Form wissenschaftlicher Politikberatung besteht in den wissenschaftlichen Assessment-Berichten, wie zum Beispiel den Berichten des Weltklimarates IPCC. Hier arbeiten hunderte Wissenschaftler jahrelang an politikrelevanten Fragestellungen – über die Disziplinen hinweg. Bei dieser Aufgabe scheint mir das wichtigste Ziel zu sein, den Entscheidungsträgern überhaupt die verschiedenen gangbaren Politikoptionen und deren mögliche praktische Konsequenzen aufzuzeigen. Und das können in der Regel Physiker, Ökonomen, andere Sozialwissenschaftler oder Ingenieure ganz gut. Es bedarf aber auch der dabei manchmal vernachlässigten Geisteswissenschaftler, vor allem der Philosophen – nicht zuletzt, weil naturwissenschaftliche Fakten, soziale Implikationen und ethische Werturteile in solchen Assessments eng miteinander verwoben sind. In der wissenschaftlichen Politikberatung geht es schließlich auch um die Frage, nach welchen Kriterien diese verschiedenen Optionen bewertet werden können.

Cornelis Menke: Auf welche Schwierigkeiten stößt man in der Politikberatung?

Ottmar Edenhofer: Es gibt zunächst zwei zentrale Probleme. Das eine ist, dass Politiker von Wissenschaftlern oft Sachzwänge verlangen, also einen alternativlosen Politikvorschlag. Die Entscheidungen sind oft längst schon gefallen, es geht dann nur noch um Machtkalkül. Die Wissenschaft hat dann lediglich noch eine Legitimationsfunktion. Das zweite Problem ist: Dieser Nachfrage nach Sachzwängen seitens der Politik kommt die Wissenschaft gerne nach, weil das ihre Bedeutung steigert. Aber das Gesetz von Angebot und Nachfrage nach Sachzwängen ist ein großes Verhängnis. Hier besteht die große Gefahr einer Fehlleitung von wissenschaftlicher Politikberatung, sogar von Missbrauch.

Cornelis Menke: Sie schlugen stattdessen als Ziel der Politikberatung vor, sich über Alternativen klarer zu werden. Warum ist der Anreiz hierfür dann offenbar so gering?

Ottmar Edenhofer: Einer der diversen Gründe dafür mag sein, dass es den meisten Menschen – die Wissenschaftler eingeschlossen – schwerfällt, sich solche Alternativen wirklich in aller Offenheit vor Augen zu führen. Denn es könnte bedeuten, seine bisherigen, manchmal sehr tiefen, emotional verteidigten Überzeugungen – beispielsweise zur Rolle der Atomkraft oder der erneuerbaren Energien – in Frage stellen zu lassen. Wissenschaftliche Politikberatung und die politischen Entscheidungsprozesse setzen jedoch bei allen Beteiligten voraus, dass man sich von den eigenen Leidenschaften und Emotionen zumindest zeitweise etwas distanzieren kann. Ich wurde während meiner Ausbildung bei den Jesuiten in die Meditationsübungen des Ignatius von Loyola eingeführt und praktiziere sie seither. Ignatius war aber nicht nur ein Mystiker, sondern auch ein genialer Managementtheoretiker, insofern er Entscheidungsträgern folgenden Rat gegeben hat: Lebe in einer Entscheidungssituation zunächst einen Tag lang mit der Alternative A, mit allen Emotionen, mit aller Vorstellungskraft, die dir zur Verfügung steht.

»Entscheidend für die wissenschaftliche Politikberatung ist, dass nicht nur eine, sondern verschiedene mögliche Ziel-Mittel-Kombinationen untersucht werden, so dass im politischen Diskurs dann rational – anhand der jeweiligen möglichen Konsequenzen – über diese Ziele und Optionen gestritten werden kann.«

Ottmar Edenhofer

Dann trete zurück und lebe ganz in der Alternative B. Und dann vergleiche die inneren Bewegungen. Der Betrachtende lernt so, seine Leidenschaften wahrzunehmen statt sie zu unterdrücken. Diese Haltung ist notwendig für individuelle Entscheidungen, sie wäre aber auch hilfreich als Vorübung für die wissenschaftliche Politikberatung, weil sie zumindest die Bereitschaft zur Exploration politischer Alternativen erhöhen würde. Es gibt über diese Problematik hinaus aber auch noch eine wissenschaftsinterne Schwierigkeit. Die politische Entscheidung für eine bestimmte Alternative lässt sich vergleichen mit der Entscheidung, ein bestimmtes Gebäude zu bauen, etwa einen Dom. Für eine verantwortbare Entscheidung brauchen Sie jedoch

Foto: Judith Affolter

eine Architektur, einen Entwurf, um eine Vorstellung davon zu erlangen, wie das Gebäude am Ende tatsächlich aussehen kann. Oft jedoch bietet wissenschaftliche Fachliteratur kein ausreichendes Material für solche Entwürfe. Sie stellt zwar viele einzelne, wohlgeformte Ziegelsteine – also die Fachartikel – bereit, aber viel zu wenig Mörtel und Holz, um daraus tatsächlich ein mögliches Modell und Design für den Dom entwickeln zu können. Diese Metapher steht für die Exploration politisch relevanter Konsequenzen bestimmter Optionen. Herbert Simon zum Beispiel, ein großer Nobelpreisträger in den Wirtschaftswissenschaften, hat die Wirtschaftswissenschaft selbst als die Wissenschaft vom Design verstanden.

Wenn Designoptionen entworfen werden, müssen auch Wertentscheidungen diskutiert werden. Viele Wissenschaftler scheuen dies jedoch wie der Teufel das Weihwasser. Das ist eine der großen Herausforderungen, denn jedes Design von Politikoptionen benötigt nicht zuletzt wegen dieser Wertentscheidungen die Partizipation von Politikern und Betroffenen, weil ja hier über die Frage entschieden wird, wie wir in Zukunft leben wollen. Dies bedeutet erheblichen Aufwand – zumal es im Wissenschaftssytem wenig Karriereanreize für Wissenschaftler gibt, sich an solchen reichlich arbeitsintensiven Entwürfen zu beteiligen.

Cornelis Menke: Ihr Modell vom Haus- oder Dombau würde darauf hinauslaufen zu sagen: Die Konstruktionsleistung und damit auch die Frage, was eigentlich das Problem ist, ist in gewisser Hinsicht allein Aufgabe der Wissenschaft, nur sie kann das Haus bauen. Allerdings muss die Politik eine Auswahl an verschiedenen Gebäudeentwürfen vorliegen haben, damit sie verantwortbar sagen kann: Ich will einen Dom, oder eben lieber einen Bahnhof.

Ottmar Edenhofer: Nein, nicht ganz. Das eine Modell ist: Wir Wissenschaftler wissen alles. Wir erstellen den einen Plan, den großen Entwurf. Wir bieten diesen den Politikern an und sagen zu ihnen: Eure Aufgabe ist die Implementierung, das heißt der Bau des Gebäudes. Ihr müsst dazu die nötigen Mehrheiten beschaffen. Das ist

das technokratische Modell, ein wirklich verstörend undemokratisches Modell. Die Architektur hat gerade im 20. Jahrhundert durchaus leidvolle Erfahrungen damit gemacht, wie großartige Stadtplanungen gescheitert sind, weil die Menschen in dieser Stadt nicht leben wollten. Diese Analogie deutet bereits an, dass das technokratische Modell immer in der Gefahr ist, an den Lebensentwürfen von Menschen vorbeizuplanen. In dem alternativen Modell von Max Weber, dem dezisionistischen Modell, dem es um eine strikte Teilung von Werten und Fakten geht, sind für den Wertekosmos andere zuständig. Wer genau, ist bei Weber gar nicht so klar, auf jeden Fall nicht die Wissenschaft. Das kann die Politik sein oder die Öffentlichkeit. Die Politik tritt also in diesem Modell an die Wissenschaft heran und sagt: Ich will einen Entwurf für einen Bahnhof, der genau diese oder jene Kriterien erfüllt. Das setzt aber von Seiten der Politik schon vielfältiges Wissen darüber voraus, was sie eigentlich will und was bautechnisch überhaupt möglich ist. Es verlangt zudem die Trennbarkeit von Werten, die die Politik festlegt, und Fakten, welche die Wissenschaft werturteilsfrei aufzeigt. Diese Trennbarkeit von Fakten und Werten ist jedoch unmöglich, eine Illusion. Der US-amerikanische Philosoph John Dewey zum Beispiel zeigte dies in seinen Werken – und behauptet recht provozierend: Ohne Wertannahmen kann es keine Aussagen über Fakten geben. Dies war und ist eine Provokation für Wissenschaft und unsere von der Aufklärung geprägte Kultur, weil viele meinen, ethische Sätze hätten die Form subjektiver Präferenzaussagen: Ich mag A schlichtweg lieber als B. Diese Haltung würden wir aber bei bestimmten, weithin akzeptierten epistemischen Werten in der Wissenschaft – wie zum Beispiel Konsistenz oder Kohärenz – nicht akzeptieren. Dewey sagt: So wie man objektiv für epistemische Werte argumentieren kann, ohne die wir Wissenschaft gar nicht betreiben könnten, so gibt es auch ethische Werte, die objektiv begründbar sein können. Wir leben zwar in einem pluralistischen Werteuniversum, aber wir können trotzdem rational über Werte streiten. Diese Einsicht ist für das Politikberatungsmodell, das ich favorisiere und das sich aus dem philosophischen Pragmatismus speist, ganz entscheidend.

Foto: Judith Affolter

Cornelis Menke: Also Sie würden im Prinzip Weber beipflichten? Er hat gesagt: Die letzten Werte, die letzte Entscheidung ist eine wirkliche Entscheidung, die nicht mehr fundiert sein kann. Aber man hat natürlich bei Zwischenzielen, die verknüpft sind mit anderen Zielen, durchaus rationale Streitmöglichkeiten.

»Keine der üblichen akademischen Professionen stellt ausreichend Methoden und Instrumente für eine befriedigende Ex-Post- oder gar Ex-Ante-Analyse bereit.«

Ottmar Edenhofer

Ottmar Edenhofer: Ich würde Weber widersprechen. Letztlich sagt er: Es gibt nur so etwas wie Zweck-Mittel-Rationalität. Das ist nicht mein Argument. Man kann über Zwecke sehr wohl sinnvoll streiten. Nehmen wir an, Sie fragten mich nach einem sinnvollen klimapolitischen Ziel. Es gibt zum Beispiel das viel diskutierte 2-Grad-Ziel, das in den klimapolitischen Verhandlungen beschlossen wurde, dessen völkerrechtlicher Status aber diskutiert wird. Nehmen wir einmal an, wir würden lange darüber diskutieren, unter welchen Bedingungen dieses 2-Grad-Ziel tatsächlich erreichbar ist. Schnell kämen wir zum Problem, dass zum Beispiel sehr viel Biomasse genutzt werden müsste, um das 2-Grad-Ziel einigermaßen kostengünstig zu erreichen. Besteht dann nicht das Risiko, dass wir am Ende das Klima schützen, jedoch die Biosphäre ruinieren und die Ernährungssicherheit gefährden? Bei einer Diskussion über Ziele muss man sich also die Frage stellen: Können sie nur mit Mitteln erreicht werden, welche die Zielerreichung selber untergraben? Dann sollte man über eine Revision des Ziels nachdenken

oder neue Mittel ausfindig machen, um dieses Ziel ohne gravierende Nebenwirkungen erreichen zu können. So lässt sich sinnvoll über Ziele streiten, wie es Dewey eben im Sinn hatte. Wir werden natürlich nie gänzlich überwinden können, dass Sie vielleicht in einem anderen Werteuniversum leben als ich. Aber wir können trotzdem rational um diese Fragen ringen und verschiedene Werte eventuell in eine Balance bringen. Entscheidend für die wissenschaftliche Politikberatung ist, dass nicht nur eine, sondern verschiedene mögliche Ziel-Mittel-Kombinationen untersucht werden, so dass im politischen Diskurs dann rational – anhand der jeweiligen möglichen Konsequenzen – über diese Ziele und Optionen gestritten werden kann.

Ottmar Edenhofer und Cornelis Menke (rechts)

Foto: Judith Affolter

Cornelis Menke: Dieses Modell ist natürlich sehr flexibel. Welche Implikationen hat es für die Politikberatung? Es ist ja ein Iterationsprozess, der eine gewisse Dauer voraussetzt. Wer wären gute Akteure, was wären gute Formen der Beratung?

Ottmar Edenhofer: Dieses „pragmatisch aufgeklärte Modell", wie ich es nenne, ist ein sehr ambitioniertes Modell. Es setzt tatsächlich eine gewisse Dauer von Beratungsgremien voraus. Aber es gibt ja bereits solche Beratungsgremien, die dauerhaft arbeiten, zum Beispiel der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der WBGU, oder auch der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Prinzipiell wären die nationalen und regionalen Wissenschaftsakademien gut für diese Assessment-Aufgabe geeignet. Nur müssten die Wissenschaftler sich selbst darüber klar werden, dass Assessments bislang fatalerweise nicht als eine wissenschaftliche Aufgabe sui generis betrachtet werden,

»Also müsste man tatsächlich Spezialisten dafür haben, eine Art Wissenschaftsingenieure?«

Cornelis Menke

sondern vielmehr als eine Feierabendbeschäftigung für hochreputierte Wissenschaftler. Was mir stattdessen vorschwebt, ist eine Professionalisierung. Das Explorieren von Pfaden, also die Rolle des Wissenschaftlers als Kartograf gangbarer Politikoptionen, ist eine schwierige Aufgabe, die entsprechender Professionalität bedarf. Wenn man im Bild bliebe: Ein theoretischer Physiker ist vielleicht kein guter Architekt, wiewohl die Architekten die Gesetze der Physik unbedingt beachten müssen. Das Wissenschaftssystem selbst muss bereit sein, diese Kunst des Erstellens von Assessments – also die Kunst, alternative Designs für Politikoptionen zu entwickeln – zu fördern und zu kultivieren.

Cornelis Menke: Also müsste man tatsächlich Spezialisten dafür haben, eine Art Wissenschaftsingenieure?

Ottmar Edenhofer: Denken Sie zum Beispiel an die Harvard Kennedy School of Government oder auch an das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. Das ist eine interessante Konstruktion. Physiker und Ökologen reden dort gemeinsam mit Ökonomen über globale

Umweltprobleme. Dann gibt es die Wissenschaftler, die sich auf der Basis solcher interdisziplinärer Forschung um die Erstellung der Assessments kümmern. Diese Wissenschaftler sollten idealerweise selbst auch hochrangige Publikationen vorweisen, sie müssen sich im jeweiligen Feld schließlich gut auskennen. Es sollten also keine zweitklassigen Wissenschaftler sein. Vielmehr leisten sie nicht nur einen Beitrag zum Fachdiskurs, sondern auch darüber hinaus zum Design alternativer Politikoptionen und zur Exploration von praktischen Konsequenzen. Wenn Sie die Frage stellten, wie man beispielsweise den bisherigen Erfolg der Energiewende bewerten könnte in einer sinnvollen Ex-Post-Analyse, dann werden Sie feststellen – wie wir es derzeit auch im IPCC erleben –, dass eigentlich keine der üblichen akademischen Professionen, sei es Politikwissenschaft, sei es Ökonomik, ausreichend Methoden und Instrumente für eine befriedigende Ex-Post- oder gar Ex-Ante-Analyse bereitstellt.

»Wissenschaftler können sich gegenseitig kritisieren, das ist ihr stärkstes Kapital. Das Streben nach Konsens und Mehrheiten ist dagegen das Mittel der Politik.«

Ottmar Edenhofer

Cornelis Menke: Das führt mich zu einem anderen Aspekt, den möglichen Strukturen von Beratungsgremien. Wie sollen diese zusammengesetzt sein? Der Idealfall wäre sicher ein Konsens, den erreicht man am besten durch eine homogene Gruppe. Für komplexe Probleme wird sich anbieten ein interdisziplinäres Gremium zusammenzusuchen, auf jeden Fall mit verschiedenen Erfahrungswissenschaftlern, vielleicht auch Sozialwissenschaftlern, um die soziale Implementierung von möglichen Lösungswegen zu ergründen. Oder könnte es vielleicht auch ein Beratungsgremium sein, das mit der Öffentlichkeit und der Politik, mit den Entscheidungsträgern direkt in Kontakt tritt?

Ottmar Edenhofer: Es soll transdisziplinär sein; das ist völlig klar. Was aber darüber hinaus sehr wichtig ist: Es geht gerade nicht darum, dass in dem Gremium ein Konsens erzeugt wird. Der Druck zum Konsens ist vom Teufel, denn die Wissenschaft lebt vom Widerspruch und von der Kritik. Das kann sie, und darauf sind Wissenschaftler trainiert. Wissenschaftler können sich gegenseitig kritisieren, das ist ihr stärkstes Kapital. Das Streben nach Konsens und Mehrheiten ist dagegen das Mittel der Politik. Die Wissenschaft hat zunächst einmal die Aufgabe, die alternativen Optionen zu erarbeiten in interdisziplinärer, wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Es sollten aber das Ergebnis dieser Bemühungen und auch diverse Zwischenergebnisse mit der Politik offen diskutiert werden. Denn ansonsten besteht die Gefahr, dass die entscheidenden Aushandlungsprozesse in den vorpolitischen Raum der Wissenschaft verlagert werden: Politiker erwählen Wissenschaftler für die Beratung nach parteipolitischen Präferenzen, und die Wissenschaftler betreiben am Ende Parteipolitik. Ich habe selbst erlebt, wie Wissenschaftler in bestimmten Institutionen politisch verhandelten: „Wenn ihr uns 10 Prozent mehr Kernenergie im Energiemix-Szenario erlaubt, dann geben wir euch 8 Prozent mehr Erneuerbare!" Das ist nichts weniger als eine Perversion von wissenschaftlicher Politikberatung. Viel nützlicher wäre es in solchen Gremien schon, Extremszenarien zu diskutieren. Wissenschaftler im IPCC sollten aufzeigen, welche praktischen Implikationen ein möglicher Zukunftspfad haben könnte, bei dem zum Beispiel Kernenergie stark ausgebaut würde – verglichen zum Beispiel mit einem Pfad des globalen Atomausstiegs. Wichtig für eine verantwortbare politische Entscheidung wäre eben

nach Dewey, die möglichen praktischen Konsequenzen so genau wie möglich zu erforschen und darzulegen, um über die alternativen Ziele und Mittel urteilen zu können. Ebenso sollten auch Extremszenarien bezüglich der Erneuerbaren – insbesondere hinsichtlich der Implikationen eines hohen Biomasseanteils im Energiemix – aufgezeigt werden. Das wäre für mich der entscheidende Punkt. Stattdessen haben Wissenschaftler die inhärente Neigung Empfehlungen abzugeben, die durch ihre Expertise in keiner Weise gedeckt sind. Beispielsweise äußern sich manchmal Biologen zur Agrarpolitik, ohne dass ein einziger Agrarökonom oder Agrarsoziologe involviert wäre. Wichtig wäre also, um das zusammenzufassen: Interdisziplinarität, kein Zwang zum Konsens, Exploration der alternativen Möglichkeiten sowie die iterative Diskussion dieser Möglichkeiten mit den Politikern und der Öffentlichkeit anhand der möglichen praktischen Konsequenzen dieser alternativen Optionen.

Cornelis Menke: Eine letzte Frage: Ein Ziel der Politikberatung ist auch Wirksamkeit. Und was Sie jetzt gerade betont haben, ist ein Aufklärungsaspekt. Aufklärung über Tatsachen, Aufklärung über Nebenfolgen, Aufklärung über mögliche andere Ziele, die man wünschen könnte. Und daneben ist es natürlich in der Demokratie auch ein möglicherweise legitimes Ziel, einfach Einfluss zu verlangen, denn die Wissenschaft hat ihre Autorität nicht ganz ohne Grund. Ob man das Klima überhaupt retten will, wäre eine Entscheidung, die Politiker treffen müssen. Aber angesichts der Tatsache, dass es dort einen Wertekonflikt gibt mit ganz anderen Zielsetzungen, hätte ein Wissenschaftler nicht als Staatsbürger eine gewisse Legitimation, die wissenschaftliche Rolle zu missbrauchen, um Einfluss auf die Politik auszuüben?

Ottmar Edenhofer: Zunächst einmal ist es jedem freigestellt, politischen Einfluss zu suchen. Als Wissenschaftler sind wir aber eben nicht nur Staatsbürger, sondern müssen uns fragen: Was sagen wir als Wissenschaftler? Was ist unser Beratungsmandat? Natürlich gibt es auch Politikberatung, die nicht wissenschaftlich ist: Jemand erteilt einfach einen Rat oder betätigt sich der Prophetie. Ich will das keinesfalls lächerlich machen, viele Wissenschaftler haben dies gemacht. Einstein beispielsweise hat 1939 einen Brief an US-Präsident Roosevelt geschrieben, in dem er den Bau der Atombombe gegen Hitlerdeutschland verlangt. Dies war möglich aufgrund des wissenschaftlichen, aber auch moralischen Prestiges von Einstein. Die entscheidende Frage ist für mich nicht, ob Menschen aufgrund ihrer Integrität oder ihres wissenschaftlichen Gewichts Einfluss ausüben können oder sollen, sondern ob es eine professionelle Rolle für Wissenschaftler im Prozess der Politikberatung gibt und wie diese aussieht. Diese professionelle Rolle scheint mir notwendig, weil sich die Politik angesichts der Komplexität nicht mehr vergewissern kann, was eigentlich der Sachstand ist. Die Rolle der Kartografie alternativer Politikoptionen scheint mir dabei eine vertretbare und glaubwürdige Rolle für Wissenschaftler zu sein. Dabei habe ich aber auch die Pflicht, das Ergebnis so zu präsentieren, dass es nicht im Gewand des Sachzwangs erscheint, sondern – da habe ich eine durchaus alteuropäische Auffassung – mit der Absicht der Aufklärung und nicht primär mit der Absicht der Wirksamkeit.

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer *ist stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) sowie Direktor des „Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change“ (MCC). Er ist Co-Chair der Arbeitsgruppe III des Weltklimarates (IPCC).*

Dr. Cornelis Menke *ist Dilthey-Fellow der VolkswagenStiftung an der Universität Bielefeld. Sein Fachgebiet ist die Wissenschaftsphilosophie. Er ist Mitglied der Jungen Akademie.*

DINTEN-UNIVERSUM

DIE „JEAN PAUL EDITION“ BEREITET ZUM 250. GEBURTSTAG DES DICHTERS EINE MONOGRAPHISCHE AUSSTELLUNG MIT BEGLEITPROGRAMM VOR

Von Angela Steinsiek

„Ich brauche nicht 10 Gassen, um meine Stube zu ertragen, ich bleibe in dieser und habe die Welt“. Vielleicht charakterisiert dieser Satz den Schriftsteller Jean Paul und den Menschen Johann Paul Friedrich Richter (1763–1825), wie er mit bürgerlichem Namen heißt, fast vollständig. Abgesehen von kurzen Episoden in Leipzig und in Berlin verbrachte er die weitaus meiste Zeit seines Lebens in der Provinz, zuletzt in Bayreuth. Nachdem er vergeblich versucht hatte, sein Brot mit Satiren zu verdienen, gab ihm der Publizist Johann Wilhelm von Archenholtz 1790 den Rat, den „Aufwand von Witz u. Laune“ seiner Satiren, die „gantz u. gar nicht verkaufbar“ seien, lieber in das Gewand eines Romans zu kleiden. Archenholtz sollte Recht behalten: Seinen Erstlingsroman „Die unsichtbare Loge“ (1793) um den romantischen Helden Gustav, hielt sein Entdecker Karl Philipp Moritz für „nicht sterblich“ und „noch über Goethe“. In bewundernder Anlehnung an Jean-Jacques Rousseau hatte er diesen ersten Publikumserfolg erstmals mit seinem Künstlernamen gezeichnet, und damit als einer der ersten Autoren eine Art Marke aus sich gemacht. Zu den erfolgreichsten Schriftstellern seiner Zeit, und bald auch zu einem der besthonorierten, machte ihn aber sein Roman „Hesperus“ (1795). Er löste eine ähnliche Hysterie aus wie seinerzeit Goethes „Leiden des jungen Werthers“ (1774). Die Damenwelt feierte Jean Paul in Verwechslung mit

Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Jean Paul, Fasz. XIV, Mappe 9, Bl. 1r